



Darüber wurde bundesweit berichtet:

Schwarz-grünes Bündnis in Mörfelden-Walldorf

Am Abend des 16. April 1985 gab es einen historischen Einschnitt in die linken und demokratischen Traditionen unserer Stadt. Erstmals wurde ein CDU-Vertreter zum „ersten Bürger“ gewählt.

Nach der Wahl des Stadtverordnetenvorstehers erklärte der GBL-Sprecher Rudolf Schmidt: „Leonhard Peez hat unser Vertrauen und wir haben Vertrauen in seine Partei.“ Deutlicher kann man die gewachsene Zusammen-

arbeit zwischen „Schwarzen“ und „Grünen“ nicht beschreiben. Deutlich ist aber auch, daß die Grünen die Tragweite ihres Beschlusses noch gar nicht abschätzen können, denn bundesweit wurde über diese grün-schwarze Zusammenarbeit berichtet.

Die DKP warnte vor dieser Zusammenarbeit

Die DKP-Mörfelden-Walldorf hatte in einem Appell an Grüne und SPD aktiv in den Diskussionsprozeß, bei dem es auch um Stadtrats-Posten geht, eingegriffen. In dem Brief an beide Fraktionen heißt es u.a.:

„Von GBL-Seite wird oft argumentiert, der CDU-Vertreter Peez sei ein „honoriger Mann“. Dazu sagen wir: Wer Peez wählt, wählt die CDU und wer die CDU wählt, wählt die Partei des Großkapitals, die die größten Umweltzerstörungen unseres Landes in erster Linie mitverantworten hat!

Vergessen ist offenbar die Rolle der CDU bei der Startbahn-Auseinandersetzung. Die SPD verlor in jenen Tagen 200 Mitglieder, die SPD-Fraktion trat zurück, aber bei der CDU gab es solche „moralischen Anwandlungen“ nicht. Es gab nur wenige örtliche CDU-Leute, die den Protest aktiv unterstützten und die Landes-CDU gehörte zu den wärmsten Startbahn-Befürwortern.“

Im DKP-Schreiben wird darauf hingewiesen, daß ein gewählter CDU-Vertreter zu einem enormen Popularitätszuwachs für die rechteste Partei der Stadt führt.

CDU stets für die Vorrechte der Reichen

Am Schluß des Appells an SPD und GBL heißt es:

„Habt Ihr vergessen: Die CDU vertritt eine Politik des Abbaus erkämpfter sozialer Rechte und Errungenschaften der arbeitenden Menschen. Wenn Arbeiter und Angestellte und ihre Gewerkschaften höhere Löhne und Gehälter fordern, wenn die Gewerkschaften die 35-Stunden-Woche fordern, ergreift die CDU stets Partei für die Unter-



Postenjäger

Seit Jahren weiß man, die CDU ist scharf auf den Posten des hauptamtlichen Stadtbaurates. Aber auch die Grünen wollen jetzt an die Futterkrippe. Offen wird schon darüber gesprochen, daß man evtl. zwei Hauptamtliche zusätzlich schaffen könnte. Die wenigsten Bürger haben allerdings eine Vorstellung davon, wie teuer diese „Pöstchen“ sind.

Hier die Rechnung: Ein Stadtrat kostet pro Jahr ca. 125.000,- DM. Seine Vorzimmerkraft ca. 40.000,- DM. Auf sechs Jahre wird der Stadtrat gewählt, das sind zusammen 990.000,- DM. Mit ein bißchen „Drumherum“ kostet diese Aktion den Steuerzahler also rund eine Million DM. Na und wenn's halt zwei werden, dann eben zwei Millionen. Ob einer der „Postenjäger“ auch schon einmal daran gedacht hat, wieviel soziale Einrichtungen dafür zu schaffen wären?



„Wir komme widder rinn!“, hieß es auf einem DKP-Schild, das während der ersten Stadtverordnetensitzung gezeigt wurde.

Das grün-schwarze Bündnis, die wachswenige SPD dieses Abends, sind Gründe zu sagen: „Wir müsse widder rinn!“

nehmer gegen berechnete Anforderungen.

Habt Ihr vergessen:

Die CDU-geführte Bundesregierung hat seit 1982 die Arbeiter, Angestellten, Kranken, Rentner und Behinderten mit über 170 Milliarden DM belastet und gleichzeitig den Unternehmern über 35 Milliarden Mark zugeschoben.

Wir fragen SPD und GBL, habt Ihr vergessen, daß die CDU stets für ein System eintritt, das die Vorrechte der Reichen sichert?

In unserer Stadt haben sich bei der Kommunalwahl 65 Prozent aller Wähler gegen die CDU ausgesprochen. Wer jetzt den örtlichen Politikern der Flick-Partei den Türspalt öffnet, verstößt gegen den Wählerauftrag, der keine „Rechtswende“ in unserer Stadt will.

Wir erwarten deshalb von der „Grünen Bürgerliste“ und der SPD, daß sie entschieden der CDU eine Absage erteilen.“

Dieser Appell bleibt aktuell, denn nach der Wahl des Stadtverordnetenvorstehers steht die Wahl des Magistrates auf der Tagesordnung.

Steigbügelhalter

Zugegeben, die SPD trägt mit daran schuld, daß die CDU an Boden gewonnen hat. Unbeweglich beharrte sie auf ihren Personalvorstellungen, war unfähig, die entstandene Lage genau einzuschätzen. Aber die historische Schuld an der Wahl eines CDU-Vertreters trägt die GBL.

Vergessen ist dort offenbar die Rolle der CDU bei den Auseinandersetzungen in der vergangenen Legislaturperiode. Die CDU hat stets mit ihrem krankhaften Antikommunismus den „kalten Krieg“ in die Stadtverordnetenversammlung hineingetragen. Bei Auseinandersetzungen um die „Atomwaffenfreie Zone“, die 35-Stunden-Woche oder bei wichtigen sozialen Fragen, hat sie durch ihre Sprecher stets eine äußerst rechte und reaktionäre Haltung eingenommen.

Zu dieser Partei hat die GBL jetzt „Vertrauen“, wie es Rudolf Schmidt ausdrückte.

Die DKP hatte in den vielen Jahren ihrer Parlamentstätigkeit oft harte Auseinandersetzungen mit der CDU, oft stritten wir uns mit der SPD, der GBL. Aber, wir sahen stets den Unterschied. Sozialdemokraten und Grüne sind unsere politischen Konkurrenten – die CDU ist unser politischer Gegner. So war und ist die DKP mit ihrer konsequenten Haltung Rückgrat der linken Kräfte in der GBL und der SPD.

Das Auftreten der GBL, ihr prinzipienloses Halten des CDU-Steigbügels, hat der notwendigen Einheit der linken Kräfte in unserer Stadt Schaden zugefügt. Bleibt zu hoffen, daß es auch der Wähler gemerkt hat.



Nach vielen Jahren wurde endlich die DKP-Initiative verwirklicht, einen Platz in unserer Stadt nach Salvador Allende zu benennen.

Am neu errichteten Namensschild ehren Teilnehmer des Ostermarsches '85 den ermordeten Staatspräsidenten des demokratischen Chile.



Wir sagen auch weiter deutlich unsere Meinung: „Frech verteilt man hier die Posten, der Bürger aber trägt die Kosten!“ oder „Der dritte Stadtrat ist ungeheuer – 1. Blödsinn – 2. teuer!“ Slogans auf DKP-Transparenten im Stadtparlament.

Radwege

Obwohl das Thema schon oft in den Ausschüssen und auch im Stadtparlament behandelt wurde, und obwohl die DKP-Fraktion in den zurückliegenden Jahren mehrmals eine Verbesserung auf diesem Gebiet forderte, liegt es mit den Radwegen in unserer Stadt doch noch im Argen. Viele, früher gut zu befahrende Feldwege werden von den von auswärts kommenden Landwirten bei ihrer Großflächenbewirtschaftung ziemlich in Mitleidenschaft gezogen. Hier hätten die Hilfspolizisten, früher nannte man sie auch „Feldschütz“ eine Aufgabe darauf zu achten, daß die Beschädigungen von den Verursachern wieder behoben werden.

Noch immer sind keine gefahrlosen Radwegeverbindungen vom Mörfelder Oberdorf zum Friedhof und zu dem Gebiet hinter der Bahnlinie vorhan-



den. Fast lebensgefährlich ist es, mit dem Fahrrad durch die Bahnunterführung Ringstraße zu fahren, da dort weder Radwege, noch genügend breite und beiderseits angeordnete Fußgängerbereiche vorhanden sind. Diejenigen, die die gefahrlose alte Steinwegbrücke benutzen wollen, müssen entweder auf der Einbahnstraße in entgegengesetzter Richtung fahren oder ihr Fahrrad auf dem Bürgersteig schieben.

Gerade die vielen Kinder, die mit dem Fahrrad zur Gesamtschule fahren möchten, sind hierdurch besonders gefährdet.

Viele ältere Mitbürger beschwerten sich über die schlechte Verbindung zwischen dem mittleren und nördlichen Stadtbereich zum Friedhof.

Als katastrophal kann man den Radweg zwischen Mörfelden und Mönchbruch bezeichnen. Dieser wurde bei Erstellung des Wildzaunes entlang der Straße sehr stark in Mitleidenschaft gezogen. Inzwischen hat die Bundespost entlang des Weges ein Kabel verlegt und diesen in einem unmöglichen Zustand zurückgelassen. Der DKP-Stadtrat Heinz Hechler hat in der letzten Sitzung des Magistrates diesen Mißstand noch einmal aufgegriffen, damit Abhilfe geschaffen wird.



Goldene Hochzeit

feierten Rosel und Michael Denk gemeinsam mit ihren Kindern, Enkeln, Verwandten und Bekannten, mit den politischen Freunden, Genossinnen und Genossen der DKP, mit Kollegen der Gewerkschaft und aus dem Betrieb.

Die 50 zurückliegenden Jahre waren für Rosel und Michael Denk nicht immer leicht und ungetrübt. Beide in jungen Jahren aktiv bei den Freien Turnern, erlebten mit Sorge den herannahenden Hitlerfaschismus. Michael Denk kämpfte schon sehr früh als überzeugter junger Kommunist gegen die Nazis und gegen den Krieg. Nach 1933 war er unter den Ersten, die die Leiden im Konzentrationslager erdulden mußten. Rosel erinnert sich noch, daß sie ihn mit dem Fahrrad in Osthofen, dem ersten KZ des Reiches, besuchte, und Michael Denk erzählt nur sehr selten und ungerne von den Grausamkeiten der SA und SS.

Nach der Entlassung wurde er als wehrunwürdig erklärt, kam aber doch noch die letzten Jahre als Soldat an die Front und wurde schwer verwundet.

Nach dem Kriege stellte er sich sofort zur Verfügung, half, die Gewerkschaften aufzubauen und war 30 Jahre im Vorstand der Mörfelder Bauarbeiter, davon allein 25 Jahre als Vorsitzender.

Für die KPD zog er von 1952 bis 1956 (bis zum Verbot der Partei) in den Kreistag und von 1972 bis 1977 vertrat er im Mörfelder Stadtparlament die DKP.

Auch Rosel Denk trug ihren Teil bei, sie war viele Jahre Mitglied des „Singkreises der Naturfreunde und Gewerkschaft“ und steht auch heute noch ihrem Mann zur Seite bei seiner immer noch aktiven Tätigkeit.

In den vielen Jahren, in denen Michael Denk außerhalb auf Großbaustellen tätig war, widmete sie sich ihren Kindern.

Auch bei der Feier zur „Goldenen Hochzeit“ dachten Rosel und Michael nicht nur an sich, sie ließen eine Spendenbüchse umgehen, und 500,- Mark konnten anschließend an das leidgeprüfte Volk von Nicaragua überwiesen werden.

Wir wünschen den beiden, die noch nie eine Großveranstaltung der Friedensbewegung und der Ostermärsche ausgelassen haben, gemeinsam noch viele glückliche Jahre bei guter Gesundheit in einer friedvollen Welt.

1. Mai 1985: Für Frieden, Arbeit und soziale Sicherheit

Der diesjährige 1. Mai, der internationale Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse aller Länder, steht bei uns im Zeichen des 40. Jahrestages der Zerschlagung des Hitler-Faschismus. Für die Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterbewegung ist dies der Jahrestag der Befreiung. Er ist gleichzeitig Mahnung und Verpflichtung, niemals die Lehren der dunkelsten Zeit unserer Geschichte zu vergessen:

In der Einheit liegt unsere Stärke. Gemeinsam können sozialdemokratische, kommunistische, christliche und parteilose Arbeiter und Angestellte erreichen, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht.

Gemeinsam können wir diejenigen zügel, die gestern den Faschismus und heute die volksfeindliche Wendepolitik finanzieren. Gemeinsam und solidarisch gilt es, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und neue Armut zu bekämpfen.

In unserem Land herrscht Arbeitslosigkeit, die Geißel des Kapitalismus. Sie trifft Frauen und Jugendliche besonders hart. Die Koalition von Kabinett und Kapital nutzt den Druck der Massenarbeitslosigkeit und die immer weiter um sich greifende neue Armut

zum rigorosen Abbau hart erkämpfter Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte. Er wird von verschärften Angriffen der Rechtskoalition auf die Mitbestimmung begleitet. Damit einher geht eine zügellose Hetze gegen unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen.

Dagegen gilt es, sich zu wehren. Ein 50-Milliarden-Programm zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen muß her. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich muß auf der Tagesordnung bleiben.

Die Bundesregierung und maßgebende Kreise des Großkapitals haben sich – entgegen allen nationalen und sozialen

Interessen der großen Bevölkerungsmehrheit – dem Rüstungskurs der USA und ihren Plänen für einen „Krieg der Sterne“ verschrieben.

Der untrennbare Zusammenhang von Frieden, Arbeit und sozialer Sicherheit wird erneut offenkundig. Jede Mark, die in die lebensbedrohende Rüstung fließt, fehlt bei der sozialen Sicherung, der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, der Verbesserung des Lebensstandards der arbeitenden Menschen.

Die DKP ruft alle Kolleginnen und Kollegen auf:

Macht den 1. Mai 1985 zum Kampftag für Frieden, Arbeit und soziale Sicherheit! Hände weg von Nicaragua! Solidarität mit den Völkern, die um ihre Befreiung kämpfen!

Macht die Gewerkschaften stark! Beteiligt euch an den Maidemonstrationen und Kundgebungen des DGB! Es bleibt dabei: US-Atomraketen raus! Keine Weltraumwaffen! Arbeitsplätze statt Raketen!

8. Mai 1985 Tag des Friedens und der Befreiung

VERANSTALTUNGEN

Frankfurt/Main, Samstag, 4. Mai 1985

Demonstration und Kundgebung

11.30 Uhr: Auftaktveranstaltung

Hauptfriedhof/Kaiser-Sigmund-Straße

13.00 Uhr: Demonstration

14.30 Uhr: Kundgebung auf dem Paulsplatz

Kultur voraussichtlich mit Udo Lindenberg

Ende gegen ca. 16.30 Uhr.

Einlader: Initiative „40. Jahrestag der Befreiung und des Friedens“

Mörfelden-Walldorf, Donnerstag, 9. Mai 1985

Friedensfahrt der Gewerkschafts-Jugend

17.00 Uhr: Ankunft am Dalles

19.30 Uhr: Friedensfest, Stadthalle

Walldorf, Sonntag, 12. Mai 1985

„Nie wieder Faschismus!

Nie wieder Krieg!“

Lieder, Rezitationen, Ehrungen

14.30 Uhr, Stadthalle

Einlader: DKP-Kreisorganisation Groß-Gerau

DGB-Veranstaltungen in Mörfelden und Walldorf

Mörfelden,

Dienstag, 30. April 1985

Kranzniederlegung am jüdischen
Gedenkstein

18 Uhr, Am Rathaus

Mörfelden,

Mittwoch, 1. Mai 1985

Mai-Kundgebung

Es spricht:

Emil Carlebach,

IG Druck und Papier

10 Uhr, Bürgerhaus

Walldorf,

Mittwoch, 1. Mai 1985

Mai-Kundgebung

Es spricht:

Heinz Schäfer,

IG Druck und Papier

10 Uhr, Waldenser Hof

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Heute vor 40 Jahren wurden Millionen Menschen im zerstörten Deutschland befreit.

Befreit vom Terror der Faschisten wurden die überlebenden Kommunisten und Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Liberale, engagierte Christen.

Befreit von der Angst um das nackte Leben und das ihrer Kinder wurden Millionen und Abermillionen deutscher Frauen, die in Luftschutzkellern überlebt hatten.

Befreit von der Gefahr, noch für den Hitler-Krieg verheizt zu werden, wurden auch die überlebenden Soldaten. Was immer die Nachkriegsentwicklung für den Einzelnen brachte: Das deutsche Volk war befreit von Terror, Angst und Tod. Und erhielt die Chance zum Leben.

DKP setzte Gedenkstunde durch

Die Gedenkstunde des heutigen Tages im Bürgerhaus wurde auf Antrag der DKP in der Stadtverordnetenversammlung beschlos-

Wij groeten Wageningen

Op het 8. mei 1985, het 40. jaardag van de bevrijding van fascisme en oorlog, onze groeten gaan naar Wageningen. Wij zullen al onze kracht inzetten om te verhinderen dat een nieuwe oorlog van Duitse grond mag uitgaan. Wij spreken als onze mening uit: Stop de plaatsing van Pershing 2 en Kruisraketten. Geen wapens in het wereldruim. Nooit meer fascisme. Nooit meer oorlog.

sen. Gleichzeitig forderten wir, daß überlebende Antifaschisten aus unserer Stadt, aktive Kämpfer gegen Hitler eingeladen und geehrt werden.

Die Stadt Mörfelden-Walldorf hat diesem Wunsch aus unverständlichen Gründen nicht entsprochen. Wir bedauern diese Entscheidung.

Allein aus Mörfelden wurden in den ersten Tagen des Faschismus 60 – 70 Antifaschisten in das KZ Osthofen gebracht. Mitglieder der Mörfelder KPD wurden von den Nazis zu über 50 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Auch 29 Walldorfer Antifaschisten wurden in der Zeit des Faschismus über 22 Jahre inhaftiert.

Einige dieser tapferen Frauen und Männer sind noch am Leben. Ihnen hätte auf der heutigen Veranstaltung ein würdiger Ehrenplatz gebührt.

Die Lehre des 8. Mai

Heute, am 8. Mai 1985, erklären wir:

- Wir sind erschüttert über die Haßtiraden eines Alfred Dregger, der sich rühmt, noch am 8. Mai 1945 gegen die „Rote Armee“ gekämpft zu haben. Jeder Tag der Kriegsverlängerung bedeutete weiteres Sterben auf den Kriegsschauplätzen und in den Konzentrationslagern.
- Wir sind empört, daß es immer noch ehemalige Nazis in Regierungsstellen, der Justiz und bei der Bundeswehr gibt.

- Wir sind betroffen, daß immer noch Berufsverbote gegen Briefträger, Lokomotivführer oder Lehrer verhängt werden, nur weil sie der DKP angehören.

- Wir sind beschämt über die Ausländerfeindlichkeit in unserem Land, wie sie sich vor allem gegen Türken und Zigeuner zeigt.

Das Vermächtnis des Kampfes gegen den Faschismus zu erfüllen heißt, heute den Krieg zu bekämpfen und zu verhindern.

Der 8. Mai mahnt: Nie wieder darf von deutschem Boden Krieg ausgehen!

Wer sich für eine Politik der Verhinderung der Militarisierung des Weltraums und für Abrüstung auf Erden, gegen die Stationierung von Atomraketen und anderen Massenvernichtungswaffen, gegen Rassenhetze und Ausländerfeind-

Nous saluons à Vitrolles!

Le 8 Mai 1985, 40ième annuaire de la liberation du fascisme et de la guerre nous presentons notre salut à Vitrolles.

Nous jurons de mettre toute notre attention sur le fait d'éviter une nouvelle guerre mondiale venant de terre allemande. Nous disons: En dehors les Pershing II et Cruise Missiles, pas d'armement de l'espace.

Pius jamais de la guerre et du fascisme!

lichkeit wendet, der leistet seinen Beitrag dafür, daß nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht. Wer aber, wie Reagan, den Besuch in unserem Land mit einem Angriff auf Nicaragua beginnt, den Besuch in Bitburg mit Antikommunismus goebbelsscher Prägung rechtfertigt, wer dem US-amerikanischen Volk die Aus-

söhnung mit SS-Schergen zumutet, der will keine Aussöhnung, sondern Feindschaft. Dem muß man in den Arm fallen und abfordern: Schluß mit der Rechtfertigung von Nazikriegsverbrechen. Hände weg von Nicaragua. Hände weg von den nationalen und Friedensinteressen unseres Landes. Beherzigen wir alle die

Lehre des 8. Mai des Jahres 1945: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“

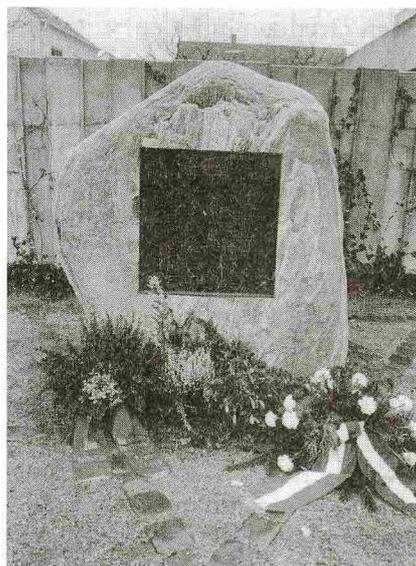
DKP

Deutsche Kommunistische Partei
Mörfelden-Walldorf

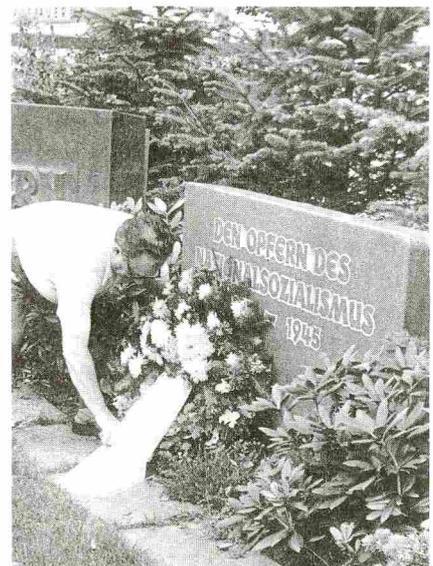
Die Mahnstätten gegen Faschismus und Krieg in unserer Stadt entstanden auf Initiative der DKP. Mitglieder der SDAJ und DKP entdeckten das „vergessene KZ“ bei Walldorf, in dem 1.700 ungarische Jüdinnen drangsaliert wurden. Auf Vorschlag der DKP werden an den Stadteingängen Schilder angebracht: „Durchfahrtsverbot für Munitions- und Raketentransporte“, auf Initiative der DKP soll auch in Walldorf am Haus der ermordeten jüdischen Geschwister Raiss eine Gedenktafel angebracht werden. Bleibt noch festzustellen, daß die meisten der DKP-Anträge gegen den entschiedenen Widerstand der CDU-Fraktion im Stadtparlament durchgesetzt werden mußten.



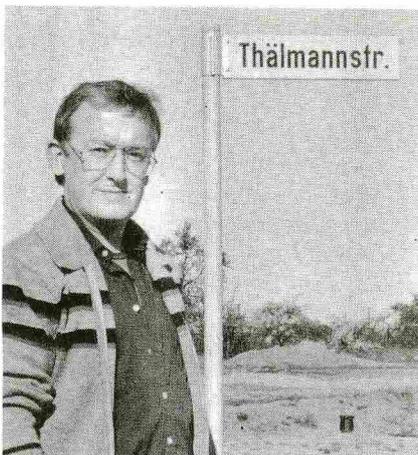
Gedenkstätte am ehemaligen KZ-Außenlager Walldorf.
Eine Initiative der DKP.



Der Gedenkstein für die ehemalige Synagoge in Mörfelden.
Eine Initiative der DKP.



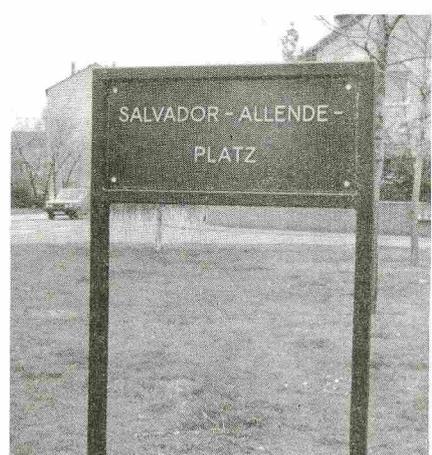
Den Opfern des NS-Regimes, ein Gedenkstein auf dem Walldorfer Friedhof. Eine Initiative der DKP



Straßen wurden nach Widerstandskämpfern benannt.
Eine Initiative der DKP.



Zeichen wurden gesetzt. Mörfelden-Walldorf wurde „Atomwaffenfreie Zone“. Eine Initiative der DKP.



Internationale Solidarität. Ein Platz wurde nach Salvador Allende benannt.
Eine Initiative der DKP.

Der Schriftsteller Peter Härtling über das „blickpunkt“-Buch „Es gibt nichts Wichtigeres...“

„Es ist schwer, über den Frieden zu schreiben. So schwer, wie ihn zu schließen, zu halten und zu bewahren. Vielleicht reden wir, die wir uns um ihn bemühen, deshalb auch oft in unfriedlichen Begriffen von ihm. „Friedenskampf“ ist, genau genommen, ein widersinniges Wort. Aber was anderes bleibt uns angesichts derer, die den friedlosen Frieden-Waffen aufeinander türmend-verwalten, anderes übrig, als aufzubegehren, um einen Frieden zu ringen, der den Völkern dient und nicht denen, die am „Gleichgewicht des Schreckens“ verdienen. Das Friedensbuch aus Mörfelden-Walldorf hat mir – Bild für Bild, Text für Text – von neuem klar gemacht, daß wir den Frieden dort beginnen müssen, wo wir zu Hause sind. Daß wir die Geschichte, die wir gemeinsam erfahren, nicht nach Gutdünken erklären und um-erzählen können. Es gibt keinen schwarzen, roten, gelben Frieden. Den Frieden gibt es nur ungeteilt. Nehmen wir diese Einsicht ernst, bedeutet es, den Frieden des andern als den eigenen anzuerkennen.“

„Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden!“

Gerade in diesen Tagen wird viel darüber gesprochen. Man erinnert sich an das Ende des furchtbaren Krieges, an die Befreiung vom Faschismus, an die Jahre des Neubeginns. Viele Bürger unserer Stadt haben in dieser Zeit schreckliches Leid erfahren, die jüngeren kennen den Krieg, und darüber sollten wir froh sein, nur noch vom Hörensagen.

Alle aber können jetzt nachlesen, was damals in unserer Stadt, in der Nachbarschaft geschah.

Im „blickpunkt“-Buch „Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden!“ ist der 25. März 1945 beschrieben, der Tag, an dem die Amerikaner einmarschierten. Man kann in den Schilderungen von Augenzeugen die Bombennächte erfahren, erlebt die Zeit, kann lernen und notwendige Schlüsse ziehen.

Wer die „blickpunkt“-Startbahn-Bücher besitzt, sollte sich auch diese Dokumente der Zeitgeschichte im „blickpunkt-Friedensbuch“ sichern.

Aus Anlaß des 40. Jahrestages der Befreiung von Faschismus und Krieg setzen wir den Preis herab.

Vom 1. Mai bis zum 12. Mai gibt es das Buch zum Sonderpreis von 10,- DM bei allen Mitgliedern der DKP, an Infoständen und bei Veranstaltungen.

**Vom 1. bis 12. Mai 1985
Sonderverkaufspreis DM 10,—**

DKP-Initiative erfolgreich

1984 stellte die DKP den Antrag, den Platz hinter den Sporthallen zu verschönern. Die „Schleichpfade“, die quer über den Platz verlaufen und bei schlechtem Wetter nicht zu benutzen sind, wollte man verbessert wissen, auch eine Beleuchtung sollte installiert werden, denn Leute, die abends von den Sporthallen nach Hause gehen,

sollten sicher dort gehen können. Außerdem sollte der vorhandene Baumbestand gepflegt und ergänzt werden. Gut Ding braucht Weile, sagt das Sprichwort. Die Wege wurden vor ein paar Wochen hergerichtet, zudem wurden entlang des Schulgeländes Sträucher gepflanzt. Man kann dafür Verständnis aufbringen, daß die Beleuch-

tung zurückgestellt wurde, weil der Platz ja teilweise mit dem Alten- und Pflegeheim bebaut werden soll, und die Beleuchtung dann realisiert werden kann. Aber den Baumbestand kann man jetzt im Frühjahr schon pflegen und ergänzen. Vielleicht wird aus dem Platz mit der Zeit doch noch eine ansprechende Grünfläche mit Spiel- und Ruhemöglichkeiten. Dann dürfte auch garantiert sein, daß der Platz als Grünfläche erhalten bleibt und nicht als bebaubare Fläche zur Disposition steht.

Der „Goldene Apfel“ und die „Ostdeutsche Heimatstube“

Viele Worte sind über das Areal „Goldener Apfel“ schon gesagt und geschrieben worden. Als die Kommunisten 1968 nach langen Verbotsjahren erstmals wieder Gelegenheit hatten, im Stadtparlament mitzureden, forderten sie die Sanierung und Erhaltung alter Bausubstanz. Damals wollten SPD und CDU noch alles abreißen und manches schöne Fachwerkhaus fiel der Spitzhacke zum Opfer.

Hier setzte in den letzten Jahren ein Umdenken ein, der „Goldene Apfel“ soll aufgrund einstimmiger Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung für viel Geld ein Schmuckstück im Stadtkern von Mörfelden werden. Zum ersten Bauabschnitt gehört die Sanierung und der Ausbau der Scheune, wodurch endlich auch das seit langem von der DKP beantragte Museum einen würdigen Platz fände.

Es war ebenfalls einstimmiger Beschluß der Stadtverordneten, in der Scheune das Heimatmuseum mit der sogenannten Ostdeutschen-Heimatstube und die Stadtbücherei unterzubringen. Nachdem für die drei Bereiche der Flächenbedarf angemeldet war, stellte man fest, daß der zu schaffende Platz in Scheune und angebauter Remise hierfür nicht ausreicht.

Ganz bestimmt übertriebene Platzanforderungen stellte der BdV für eine „Ostdeutsche-Heimatstube“. Aufgrund dessen wurden die vorgesehenen Ausstellungsgegenstände jetzt im Bürger-

haus besichtigt, um sich von dem wirklichen Platzbedarf zu überzeugen. Die Vertreter aller Parteien und der am „Goldenen Apfel“-Areal interessierten Vereine und Gruppen waren sehr erstaunt, was vom BdV alles auf den geforderten 104 Quadratmetern untergebracht werden soll.

Es stellte sich heraus, daß die paar erhaltungswürdigen Gegenstände — hierzu zählten einige Trachten, Klöppeldecken und kleinere Erinnerungstücke — auf maximal 30 qm unterzubringen sind. Die meisten Gegenstände haben jedoch mit der Erinnerung an die frühere Heimat der jetzigen Mitbürger nichts zu tun. Hierzu gehören ca. 200 Buchbände neueren Datums, die der BdV anscheinend erst in jüngster Zeit von fragwürdigen Verlagen, kostenlos zur Verfügung gestellt bekam. Nicht wenige Bücher beinhalten revanchistisches und faschistisches Gedankengut. So war unter anderem in einem Band zu lesen, daß die Judenvernichtung eine Lüge sei (Auschwitz-Lüge). In einem anderen Band fand man die, auch von den Faschisten vertretene falsche Darstellung über den Reichstagbrand, den man damals den Kommunisten zuschob (obwohl ihn die Nazis selbst angesteckt hatten), um alle Demokraten und Sozialisten in die Konzentrationslager werfen zu können.

Nach der Besichtigung kann man nur sagen, daß es ein Skandal wäre, wenn für die vom BdV insgesamt gezeigten

Exponate städtische Räume zur Verfügung gestellt würden. Ein Kompromiß wäre, die wirklichen Erinnerungstücke innerhalb des Heimatmuseums an einer separaten Stelle zu integrieren. Der BdV sollte sich hierzu durchringen, denn die ehemaligen Neubürger unserer Stadt, die aufgrund internationaler Beschlüsse wegen der von den Hitlerfaschisten begangenen Verbrechen, ihre Heimat verlassen mußten, sind seit Jahren voll in die hiesige Bevölkerung integriert.

Wer jetzt auch noch auf Kosten der Stadt und aller Steuerzahler mit frag-

UZ unsere zeit
Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH,
Postfach 920, 4040 Neuss 13

Ich bestelle die UZ als

Tageszeitung

zum Preis von 10,- DM monatlich
MINDESTBEZUGSZEIT
3 Monate

Ich bestelle die UZ als

Wochendausgabe

zum Preis von 10,- DM vierteljährlich
MINDESTBEZUGSZEIT
1 Jahr

Ich möchte eine

Probeflieferung

der UZ, um die Zeitung der DKP erst einmal kennenzulernen.

Kündigungen müssen 6 Wochen vor Quartalsende beim Verlag sein

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

würdigen Ausstellungsstücken und Büchern mit faschistischem Gedankengut Politik machen will, stellt sich auf die Stufe der revanchistischen Vertriebenenverbände mit ihren Losungen wie „Schlesien bleibt unser“.

Ob nun das Heimatmuseum der Stadt Mörfelden allein oder gemeinsam mit der Stadtbücherei in der Scheune einschließlich Remise untergebracht werden soll, sollte so schnell wie möglich von den Verantwortlichen geklärt werden. Hierzu muß man sagen, daß beide Vorstellungen etwas für sich haben, eine Bücherei mit Museum unter einem Dach, bei sehr transparenter Trennung untergebracht, bringt sicherlich für beide Seiten Vorteile, da der eine Bereich ganz bestimmt Besucher für den anderen mit anzieht.

Andererseits sollte man aber auch die Größe des Heimatmuseums hierdurch nicht beschränken. Es ist sicherlich vieles wert, in einem Museum für die Nachwelt erhalten zu werden. Auch für Wanderausstellungen, die ein Museum erst interessant machen, muß genügend Platz vorhanden sein.

Es ist zu hoffen, daß eine für alle Seiten befriedigende Lösung baldigst gefunden wird, damit mit dem Umbau und der Renovierung begonnen werden kann.

Heinz Hechler



Ein Jahr nach der Eröffnung der Startbahn-West gab es eine Kundgebung auf dem SKG-Platz in Walldorf. Neben Sprechern der Bürgerinitiative sprach der Betriebsratsvorsitzende Reinhold Winter von der im Streik stehenden Druckerei Dern-Druck aus Neu-Isenburg (unser Foto).

Die 38,5-Stunden-Woche und betriebliche Umsetzung

Ein Jahr ist es nun her, daß die Gewerkschaften IG Metall und IG Druck und Papier für die Verkürzung der Arbeitszeit zur Abwehr der Arbeitslosigkeit, zur Humanisierung der Arbeitswelt im Streik standen. Ein viertel Jahr dauerten die Auseinandersetzungen gegen die geschlossene Front aus Kapital und Kabinett. Das Ergebnis konnte nicht zufriedenstellen; und doch war es ein Erfolg. Trotz des Tabukatalogs der Unternehmerverbände, trotz Diskriminierung und Verachtung seitens der Wende-Regierung und der Medien, ist es gelungen, eine Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich eineinhalb Stunden durchzusetzen. Eine Klausel in den Tarifverträgen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit hat die Durchsetzung in der Praxis den Betriebsräten und Belegschaften der einzelnen Betriebe überlassen.

Hier zeigt sich jetzt, wer einen starken Betriebsrat hat, wer die Unterstützung der Gewerkschaften in Anspruch nimmt und wer den Interessen der Betriebe allzu sehr nachgibt, die die Arbeitszeitverkürzung gerne in produktionschwache Zeiten verlegen wollen oder Verdiensteinbußen für die Beschäftigten anstreben. Es sind Fälle bekanntgeworden, wo die Betriebsleitung eine bisher als Sozialleistung gewährte halbstündige tägliche Pause streicht, so daß die Arbeiter nach dem Inkrafttreten der Arbeitszeitverkürzung am 1.4.85 wöchentlich eine Stunde länger arbeiten müssen. Oder ein anderer Betrieb legt die Arbeitszeitverkürzung auf den Montag morgen, der zum einen produktionschwach ist und zum anderen ein Wegfall von Nacht- und Sonntagsprozenten bedeutet. Oder ein anderer Betrieb ignoriert die praktikablen Vorschläge des Betriebsrates und appelliert an das Verantwortungsbewußtsein der Belegschaft, die Produktion nicht zu gefährden, mit dem Erfolg, daß freitags eineinhalb Überstunden abverlangt werden. Die Bereitschaft zu Überstunden

resultiert aus dem Trugschluß, daß dann die Rationalisierung nicht so schnell und drastisch vollzogen wird, und die Ergebenheit würde den Erhalt des Arbeitsplatzes garantieren. Ein Trugschluß, sicher, aber solche und ähnliche Überlegungen, Wunschdenken, Illusionen haben eben nichts mit der Realität zu tun. Wie sonst sollte man sich das Arbeitslosenheer erklären?

Belegschaften und Betriebsräte müssen höflich aufpassen, daß mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit nicht der Spaltzylinder in die Arbeitnehmerschaft getragen wird. Das kann bei den Modellen passieren, wo nur einem Teil der Beschäftigten die Arbeitszeitverkürzung gewährt wird. Auch eine tägliche Arbeitszeitverkürzung von 18 Minuten bringt kaum Auswirkungen auf die Arbeits-

losenrate. Hier zeigt es sich auch, daß die erreichte Arbeitszeitverkürzung als Bollwerk gegen die arbeitsplatzvernichtende Rationalisierung oder gegen die Arbeitslosigkeit zu gering ist. Ganz richtig ist die Einschätzung der Gewerkschaften, wenn sie sagen, daß die Tür zur weiteren Arbeitszeitverkürzung aufgestoßen wurde, daß jetzt weiter gekämpft werden muß für die 35-Stunden-Woche.

Sicher ist bisher nur einem kleinen Teil der am Streik beteiligten Arbeiter und Angeestellten klar geworden, daß der Kampf gegen die existenzbedrohende Rationalisierung, gegen die entwürdigende Arbeitslosigkeit eine Klassenfrage ist. Erst wenn es gelingt, die Großbetriebe und Konzerne in Gemeineigentum zu überführen, sie unter öffentliche und demokratische Kontrolle zu stellen, wenn die Produktion zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung eingesetzt wird und nicht zur Profitmaximierung einiger weniger Superreichen, dann ist die Hoffnung berechtigt, daß Arbeitslosigkeit und Existenzangst beseitigt werden können.

Rudolf Dötsch



UZ unsere zeit



Tag für Tag an der Seite der Gewerkschafter, der Streikposten und der Ausgesperrten – eine Zeitung der Solidarität im Kampf um die 35-Stunden-Woche und für Arbeitsplätze: Das war ohne Wenn und Aber die UZ, die Zeitung der DKP. Und so wird das bleiben!

Ostermarsch '85. Hunderttausende demonstrierten in allen Teilen unseres Landes für den Frieden. Ganze Familien waren dabei, Kollegen, die sich aus dem Betrieb kennen, gingen Seite an Seite mit ausländischen Mitbürgern. Alle waren für Frieden und Arbeit, für ein klares Nein zur Militarisierung des Weltraums, für den Stopp der Raketenstationierung und die Kürzung der Rüstungsausgaben.

Einer der Ostermärsche kam auch durch unsere Stadt. Es gab kurze Gedenkfeiern am Stein für unsere ehemaligen jüdischen Mitbürger, am Allende-Platz, an der Gedenkstätte des ehemaligen KZ-Außenlagers. In Mörfelden sprachen zu den Friedensmarschierern u.a. Pfarrer Karlheinz Geil und Kurt Oeser.

Auf unserem Bild: Teilnehmer aus Mörfelden und Walldorf. Auf dem Transparent die Feststellung: „Arbeiter- und Friedensbewegung – gemeinsam für Frieden und die 35-Stunden-Woche!“ und unübersehbar die Mahnung: „Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen!“



Anmelden bei

Cornelia Hechler
Feldstr. 38/Tel. 1430

Barbara Birkwald
Bahnstr. 14/Tel. 71102



Mörfelden gestern

Frühlingszeit – Wanderzeit. – Auch der „Touristenverein die Naturfreunde“ wurden von den Nazis 1933 verboten. Danach konnte man sich nur noch heimlich oder als lose Wandergruppe sehen lassen. So war auch sicher der Ausflug an Ostern 1934 zustande gekommen. Man wanderte gemeinsam zum Dachenau, hinter Mönchbruch und auch die Musikinstrumente fehlten dabei nicht.

So manches alte, damals verbotene, Naturfreundlied wurde sicherlich gesungen. Auch daran sollte man sich am 8. Mai, der 40. Wiederkehr der Befreiung vom Faschismus, erinnern. Erst nach 1945 konnte das alte Vereinsleben wieder aufgenommen werden.